

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10 gespalt. Kolonellzeile 35 Pfa., bei Platzvorkauf 40 Pfa. Stellenangebote 10 gesp. Kolonellzeile 25 Pfa. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gesp. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10 gesp. Kolonellzeile 40 Pfa. bei Platzvorkauf 50 Pfa. Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

## Zwischen Frieden und Krieg

### Rüstungen trotz des Kellogg-Paktes

SPD Berlin, 26. Juli. (Radio.)

Im englischen Unterhaus fragte der Abgeordnete Robert Thomas den Ersten Lord der Admiralität, Bridgeman, welche Beschränkungen der Flottenbau auf Grund der Unterzeichnung des Kelloggpaktes in dem kommenden Jahr erfahren werde. Bridgeman erwiderte, der Kelloggpaakt nehme England nicht das Recht zur Selbstverteidigung und unter diesem Gesichtspunkt werde auch das Kabinett seine Entscheidung über das Flottenbauprogramm für die nächsten Jahre treffen. Trotz aller feierlichen Versicherungen, den Weltfrieden zu fördern, wird also in England im bisherigen Tempo weiter gerüstet.

### Die Vaktunterzeichnung

SPD Paris, 26. Juli. (Radio.)

Der amerikanische Botschafter in Paris hat gestern Abend beim Außenminister Briand vorgeschlagen und diesem offiziell mitgeteilt, daß Kellogg zur Unterzeichnung des Antikriegspaktes in der letzten Augustwoche nach Paris kommen werde. Die Unterzeichnung selbst soll am 27. August stattfinden. Der New York Herald weiß in diesem Zusammenhang zu berichten, daß der Entschluß Kelloggs, nach Paris zu reisen, erst endgültig gefaßt worden sei, als die Zusage Stresemann zur Teilnahme an der Unterzeichnung eingetroffen war. So steht also heute fest, daß alle Außenminister der am Pakt interessierten Mächte persönlich in Paris erscheinen werden mit Ausnahme von Mussolini, der sich durch einen Unterstaatssekretär vertreten lassen wird. Im übrigen will der New York Herald wissen, daß sich im amerikanischen Senat eine starke Opposition gegen den Pakt geltend mache. Eine recht beträchtliche Minderheit lehne den Pakt als verfehlt ab.

### 150 000 Mark Nebeneinnahmen

#### Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat das Wort

Wie uns von zuverlässiger Seite aus Berlin mitgeteilt wird, soll der Reichsgerichtspräsident Simons für seine Schiedsrichtertätigkeit von der Familie Stinnes nicht nur 50 000 Mark, wie wir bisher vermuteten, sondern 150 000 Mark ausgezahlt erhalten haben.

Der Präsident des Reichsgerichts bezieht nach Besoldungsgruppe 3 ein Jahresgehalt von 24 000 Mark. Dazu kommen 2100 Mark Wohnungsgeldzuschuß. Seine Gesamtbezüge betragen demzufolge 26 100 Mark für die Arbeit, die er während eines ganzen Jahres an herangezogenster Stelle dem Staat zu leisten hat. Nun wird mitgeteilt, daß er für seine schiedsrichterliche Tätigkeit im Stinnesstreit allein 150 000 Mark bezogen habe. Wie glaubt der Präsident des Reichsgerichts derartige Nebeneinkünfte mit seiner Stellung als Präsident des Reichsgerichts vereinbaren zu können, dem die besondere Aufgabe zugewiesen ist, die Unabhängigkeit seiner Richter zu überwachen? Würde jeder deutsche Staatsbeamte dem Vorbilde des Reichsgerichtspräsidenten folgen, dann wäre nicht abzusehen, wohin das am Ende führen würde. Zunächst wird sich der Reichsgerichtspräsident Klipp und Klar zu diesen Behauptungen äußern müssen. Im Interesse des Reichsgerichts ist Herr Dr. Simons verpflichtet, offen Rede und Antwort zu geben. Dies umsomehr, als die vorstehende Nachricht aus absolut zuverlässiger Quelle stammt. Der Herr Reichsgerichtspräsident hat das Wort.

### Ende der Regierungskrise in Bayern

WLB München, 25. Juli.

Heute nachmittag traten die Vorstehenden der bisherigen drei Regierungsparteien zu einer Sitzung zusammen, in der endgültig von allen Seiten die letzten Vorschläge der Bayerischen Volkspartei angenommen wurden. Damit ist die frühere bayerische Koalition nunmehr wiederhergestellt worden.

### Chamberlain zur Rheinlandbesetzung

SPD London, 25. Juli.

Auf die Anfrage eines Arbeiterabgeordneten über die Kosten der englischen Besetzung im Rheinland erwiderte Chamberlain, daß England dafür aus dem Reparationsfonds jährlich 950 000 Pfund Sterling erhalte. Dieser Betrag würde nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, sobald die englischen Truppen zurückgezogen seien. Im übrigen sei es keineswegs unwahrscheinlich, daß bei einer Zurückziehung der englischen Truppen andere Mächte die bisher von England besetzten Gebiete nicht besetzen würden.

da vor Liquidierung der Frage des Danziger Korridors und der deutschen Minderheiten in Südtirol noch zu große Kriegsgefahren beständen.

### Amerika in Panama?

LU London, 25. Juli.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Herald ist der Ansicht, daß in Kürze mit einem Eingreifen der Vereinigten Staaten in Panama zu rechnen sei. Die Führer der Oppositionspartei, Porrista, hätten bei den amerikanischen Behörden um Ueberwachung der Präsidentenwahl gebeten, wie dies in Nicaragua der Fall gewesen sei. Die Panamarregierung habe daraufhin 118 Porrista-Anhänger verhaftet. In einer Führerversammlung der Porrista-Partei sei darauf beschlossen worden, die Vereinigten Staaten um einen Schritt gegen diese Verhaftungen zu bitten. In Washington sei man über die Gewährung weitgehender Konzessionen an britische Interessenten stark besorgt und betrachte dies als eine Beeinträchtigung der amerikanischen Kontrolle über Panama. Ein Stütz der gegenwärtigen Regierung und die Einsetzung eines den amerikanischen Wünschen gefügigeren Präsidenten finde daher im amerikanischen Staatsdepartement beträchtlichen Anklang.

### Neues Attentat in Mexiko

LU Berlin, 25. Juli.

Die Börsenzeitung meldet aus New York: Wie die Blätter aus Mexiko berichten, erhielt sich dort hartnäckig das Gerücht, daß aus den zurückgetretenen Arbeitsminister Morales ein Attentat verübt worden sei, bei dem er durch einen Revolvererschuß verletzt wurde.

### Anschlußkundgebungen im Burgenland

SPD Berlin, 26. Juli. (Radio.)

Der Reichstagspräsident Löbe unternahm am Mittwoch eine Fahrt durch das Burgenland. Alle Ortschaften hatten schwarzrotgold geflaggt. In vielen Gemeinden wurden Ansprachen gehalten. In einer sprach der Pfarrer, in einer anderen der kroatische Postchef, der sagte, daß auch die kroatische Minderheit fest mit der großen deutschen Mehrheit der Bevölkerung an dem Gedanken des Zusammenschlusses mit dem Reiche festhalte. In Sauerbrunn wurden abermals Anschlußreden gehalten, so vom sozialistischen stellvertretenden Landeshauptmann Leseer, der erklärte, die Befreiung Oesterreichs habe dem Burgenlande die größte Freiheit gegeben und das Selbstverwaltungsrecht. Wenn heute noch manche von der Rückeroberung träumten, so werde dieser Traum ausgeträumt sein, wenn hinter dem Burgenland nicht nur die 6 1/2 Millionen Oesterreicher, sondern nahezu 60 Millionen Reichsdeutsche stehen werden. Abends fand vor dem Schloß in Eisenstadt eine Massenversammlung statt.

### Ein ungeheuerliches Urteil

SPD Paris, 26. Juli. (Radio.)

Der Geschäftsführer der kommunistischen Humanité ist gestern von der Pariser Strafkammer zu 14 Jahren und 10 Monaten Gefängnis und außerdem zu 14 000 Franken Geldstrafe verurteilt worden, und zwar wegen wiederholten Vesservergehens und Beleidigung des Offiziers- und Unteroffizierskorps der französischen Armee. Der Verurteilte hatte in mehreren Artikeln gegen schlechte Behandlung von Soldaten und Reservisten Protest erhoben.

### Rücktritt Tituleskus?

SPD Berlin, 26. Juli. (Radio.)

Wie aus Bukarest berichtet wird, steht der Rücktritt Tituleskus vom Amte des Außenministeriums unmittelbar bevor. Als Nachfolger wird Landwirtschaftsminister Argetoianu genannt.

### Ein Sabotageverbot in Russland

SPD Berlin, 26. Juli. (Radio.)

Wie aus Moskau berichtet wird, wurde durch die GPU ein Verbot erlassen, Getreidehändler aufzukaufen, der von den Bauern Getreide aufkaufe und es neben den staatlichen Unternehmungen zu wesentlich höheren Preisen wieder verkaufe. Um die Kontrolle der Sowjetbehörden zu umgehen, benutzten die Getreidehändler anstatt der Eisenbahn Bauernwagen als Transportmittel. Es sind im ganzen 40 Personen verhaftet worden.

## Hoppla — wie schlichten!

### Um die Arbeitszeit lächlicher Textilarbeiter

Das Schlichtungswesen hat im letzten Reichstagswahlkampf eine große Rolle gespielt. Es ist nicht zuviel gesagt, daß die Empörung fast der gesamten Arbeiterschaft gegen die Schlichtungspraxis einen sehr starken Anteil an dem Wahlsieg der Arbeiterparteien hatte. Dabei ist die Einstellung zum Schlichtungswesen in sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen nicht einheitlich. Während die Kommunisten das Schlichtungswesen in Grund und Boden verdammten (dabei aber, sobald sie praktisch in den Gewerkschaften mitarbeiten, nicht eben selten sich des Schlichtungswesens bedienen), ist mindestens in weiten Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Ansicht vorherrschend, daß eine tiefe einschneidende Reform des Schlichtungswesens notwendig ist. Selbst Gewerkschaftsführer von Ruf, die die praktischen Erfordernisse der gewerkschaftlichen Tätigkeit durchaus höher schätzen, als grundsätzliche Erwägungen irgendwelcher Art, sind der Meinung, daß wenigstens die Verbindlichkeitserklärung eine starke Veränderung erfahren muß.

Im Wahlkampf hat sicher bei der Arbeiterschaft auch die Erwartung eine große Rolle gespielt, durch den Wahlausgang eine andere Schlichtungspraxis zu erreichen. Diese „Erwartung unserer Wähler“ nützte nach der Reichstagswahl viele unserer Koalitionsmacher, um darzutun, wie wichtig es sei, schon um der stärkeren Beeinflussung der Schlichtungspraxis willen in die Regierung hineinzugehen. Nun darf aber dieser realpolitische Grund, der von unseren Realpolitikern in den Vordergrund gestellt worden ist, in der Praxis der Realpolitik nicht vergessen werden. Wie man auch zum Schlichtungswesen stehen mag, nachdem die Sozialdemokratie u. a. einer besseren Schlichtungspraxis wegen in die Regierungskoalition gegangen ist, erwartet die Arbeiterschaft die bessere Schlichtungspraxis nicht als Verprechung, sondern als Wirklichkeit.

Ein Vorgang aus den letzten Tagen muß allerdings die Hoffnungen auf eine bessere Schlichtungspraxis stark herabstimmen. Zwischen dem Verband von Arbeitgebern der lächlichen Textilindustrie in Chemnitz und den Gewerkschaften (unter Führung des Deutschen Textilarbeiterverbandes) war für Westsachsen die Arbeitszeit neu zu vereinbaren. Dazu forderte der Textilarbeiterverband die 48stündige Arbeitswoche mit der Klausel, daß Ueberstunden nur geleistet werden dürfen, wenn sie mit der gesetzlichen Betriebsvertretung der Arbeiterschaft vereinbart und von der zuständigen Gewerkschaftsvertretung genehmigt sind, sofern mehr als drei Ueberstunden wöchentlich gemacht werden sollen. Diesen Forderungen der Textilarbeiter setzte der Arbeitgeberverband seinerseits die theoretische Anerkennung der 48stündigen Arbeitswoche entgegen, praktisch erweitert zur Forderung nach der 53-Stunden-Woche durch die Bestimmung, daß vom Unternehmer wöchentlich 5 Ueberstunden „angeordnet“ werden können.

Da zwischen den Parteien eine Verständigung nicht zu erzielen war, so hatten die Schlichtungsbehörden zu entscheiden. Vor der Schlichterkammer in Dresden fanden am 28. Juni Verhandlungen statt, die mit einem Schiedsspruch endeten, durch den das Mehrarbeitszeitabkommen vom Juli 1927 verlängert, gleichzeitig die Bestimmungen über Kurzarbeit verschlechtert und schließlich noch ein besonderes Entgegenkommen an die Unternehmer bewiesen wurde durch die Bestimmung:

„In denjenigen Betrieben, wo eine Betriebsvertretung nicht vorhanden ist, tritt an die Stelle der Betriebsvertretung eine für den jeweiligen Fall gewählte Kommission der Arbeiter.“

Die Arbeiter haben diesen Schiedsspruch einmütig abgelehnt, die Unternehmer haben seine Verbindlichkeitsklärung beantragt. Das Reichsarbeitsministerium hatte über diesen Antrag zu entscheiden. Die Entscheidung ist unter dem 14. Juli 1928 ergangen mit einer (wie das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes sagt) „merkwürdigen Begründung“, die erkennen läßt, daß es dem Reichsarbeitsministerium besonders schwer geworden ist, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs abzulehnen. Der Textilarbeiter sagt: „Die Begründung mutet an wie eine Entschuldigung gegenüber der Arbeiterschaft.“ Sie ist nicht unterzeichnet vom Genossen Bissell, sondern von Dr. Söhler; sie hat folgenden Wortlaut:

„Die im Schiedsspruch vorgesehene Regelung der Arbeitszeit entspricht der Billigkeit und wird den Interessen beider Teile gerecht. Im vorliegenden Fall ist jedoch ein Ersatz der Betriebsräte durch für den jeweiligen Fall gewählte Kommissionen vorgesehen. Das Reichsarbeitsministerium hält eine restlose Durchführung des Betriebsrätegesetzes für erforderlich und muß daher Bedenken tragen, seinerseits andere Einrichtungen für die den Betriebsräten obliegenden Aufgaben vorzuschreiben. Da diese Bestimmungen mit dem übrigen Teil des Schiedsspruchs in so engem Zusammenhang steht, daß sie von der Verbindlichkeitsklärung nicht ausgenommen werden konnte, mußte die Verbindlichkeitsklärung des ganzen Schiedsspruchs abgelehnt werden.“

Die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung ist also